

Es gilt das gesprochene Wort!

Europäisches Forum Alpbach 2011

Global Commons – gerechte Nutzung und sicherheitspolitische Implikationen

Sehr geehrte Damen und Herren!

„Gerechtigkeit – Verantwortung für die Zukunft“ – das Gesamtthema des diesjährigen Europäischen Forum Alpbach ist politisch hoch aktuell und daher aus meiner Sicht auch eine kluge Wahl. In Zeiten, in denen nach den Banken-Rettungspaketen auch für EU-Staaten selbst Schutzschirme gespannt werden müssen, steht die Frage der Verteilungsgerechtigkeit zu Recht im Zentrum der politischen und auch wissenschaftlichen Auseinandersetzung.

Als Verteidigungsminister möchte ich heute hier in Alpbach jedoch nicht über Finanzmärkte, Bankenabgaben und Schuldenquoten sprechen, nicht über die Verteilungsgerechtigkeit von Vermögen, sondern über die sicherheitspolitische Dimension des Themas Gerechtigkeit. Über die „Verteilungsgerechtigkeit“ von so genannten globalen Gemeingütern wie saubere Luft, sauberes Wasser oder Ernährungssicherheit. Globale Gemeingüter und ihre sicherheitspolitischen Implikationen – das ist das Thema dieses Panels.

Nun, was sind diese angesprochenen „global commons“ eigentlich?

Aus meiner Sicht kann man zwei Arten von globalen Gemeingütern unterscheiden:

1. Internationale Gemeingüter, die vom Menschen geschaffen sind – beispielsweise das Internet, die Vereinbarungen zum Seerecht oder zum Flugverkehr.
Gemeingüter also, die den Umgang mit Bereichen regeln, die allen zugänglich

sind. Sie basieren auf menschlichen Innovationen und Regeln zwischen Staaten, die die Güter erst herstellen oder erst nutzbar machen.

2. Andere internationale Gemeingüter, die wir nicht herstellen oder auch ersetzen können sondern die wir „nur“ gebrauchen – Bodenschätze, Ressourcen, die Atmosphäre, die Ozeane. Diese ökologischen Lebensgrundlagen sind überwiegend frei und für alle verfügbar.

Der Zugang zu solchen globalen Gemeingütern – denken wir an Bodenschätze wie Erdöl – hat immer wieder auch zu Konflikten oder sogar Kriegen geführt. Umgekehrt gedacht, heißt das: der gerechte Zugang zu globalen Gemeingütern ist als wichtige Grundlage für Frieden und Stabilität anzusehen.

Es stellt sich nun die Frage, wie man den gerechten und freien Zugang zu Beginn des 21. Jahrhunderts und in Zukunft sichern und schützen soll. Klar ist, dass diese Aufgabe mit rein nationalen Sicherheitspolitiken, die auf die Abwehr von konventionellen Bedrohungen abzielen, nicht zu bewältigen ist. Heute steht die gemeinsame Bewältigung grenzüberschreitender Risiken im Vordergrund.

Dabei muss vielleicht noch deutlicher als bisher unterstrichen werden:

- Erstens: kein Staat oder keine Staatenallianz darf diese Güter für sich alleine in Anspruch nehmen und
- Zweitens: kein Staat ist im Alleingang in der Lage, Zugang zu und Verfügbarkeit über global commons zu gewährleisten.

Auch in der neuen österreichischen Sicherheitsstrategie, deren Ausarbeitung ich mit einem Referat im letzten Jahr hier in Alpbach angestoßen habe, wird diese Thematik aufgegriffen. Dort heißt es – ich zitiere:

„Zur Vermeidung von globalen Konflikten und wirtschaftlicher Abhängigkeit sind insbesondere die Nutzung bzw. Weiterentwicklung von Mechanismen für einen fairen globalen Interessenausgleich hinsichtlich der vorhandenen Ressourcen und globalen Gemeingüter („global commons“) notwendig“.

In der vernetzten und globalisierten Welt, in der wir alle leben, geht es vielmehr um die Entwicklung eines gemeinsamen Bewusstseins der Verantwortung aller internationalen Akteure für die global commons.

Es geht um die Entwicklung eines für alle akzeptablen – an den Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit und der Gerechtigkeit ausgerichteten – Ordnungsrahmens.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich werde mich heute auf einen Aspekt unserer Thematik konzentrieren – nämlich auf den freien Zugang zu Ressourcen. Ungehinderter Zugang zunächst als Grundlage für Ernährungssicherheit und darüber hinaus als eine der wichtigsten Grundlagen für wirtschaftliche und soziale Entwicklung.

Aus meiner Sicht können globale Sicherheitsfragen nicht von einer nachhaltigen internationalen Sicherheits- und Entwicklungspolitik getrennt werden.

- Ohne Sicherheit kann es keine nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung geben.
- Ohne einen bestimmten Entwicklungsstandard in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht ist die Sicherheit gefährdet. Und das nicht nur in abgegrenzten Räumen, wie Staaten, sondern darüber hinaus in ganzen Regionen mit globalen Auswirkungen – auch auf uns.

Der zunehmenden Wechselwirkung zwischen Sicherheit und Entwicklung tragen die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen Rechnung. Es geht dabei um eine nachhaltige und langfristige Verbesserung der globalen Sicherheitslage. Diese Verbesserung soll durch eine bestmögliche Beseitigung struktureller Konfliktursachen, wie Hunger, Armut, Bildungsdefizite oder auch die Diskriminierung einzelner Bevölkerungsgruppen, erreicht werden.

Das Zauberwort ist also Prävention. Es geht darum, ein Haus so feuersicher zu bauen, dass ein Brand erst gar nicht entstehen kann und ich dadurch auch keine Feuerwehr einsetzen muss.

Ins sicherheitspolitische übersetzt heißt das: ein Land oder eine Region wirtschaftlich und sozial so stark zu machen, dass es einfach keinen Grund mehr für Instabilität, Unsicherheit und Konflikte und damit Militäreinsätze gibt.

Mein Ressort hat in diesem Sinne substantiell an der Erstellung des so genannten Leitfadens „Sicherheit und Entwicklung“ mitgewirkt, welcher als Beschluss der Bundesregierung in diesem Bereich Geltung erzeugen soll.

Der Leitfaden empfiehlt das ganzheitliche Wirksamwerden von staatlichen und nicht-staatlichen Mitteln zur Stärkung von Konfliktprävention, Krisenmanagement, Friedenskonsolidierung und den Aufbau von staatlichen Strukturen in so genannten „fragilen Situationen“. Diese betreffen weltweit über 40 Länder und ca. 1,2 Mrd. Menschen mit leider steigender Tendenz. Dieses Dokument legt dabei die Grundprinzipien für einen zielgerichteten Einsatz aller außen-, entwicklungs- und sicherheitspolitischen Komponenten für ein kohärentes, komplementäres und koordiniertes Vorgehen fest. Das Dokument bezieht auch – was mir ganz besonders wichtig erscheint – die Zivilgesellschaft und die Nichtregierungsorganisationen mit ein.

Erfahrungsgemäß erfolgt eine solche Interaktion nicht völlig reibungslos. Deshalb sind wir übereingekommen, das Spektrum der Zusammenarbeit vor Ort aber auch bereits zu Hause bei der Vorbereitung flexibel zu gestalten. Ausgehend von vertieften Konsultationen könnte am Ende die Bereitstellung von „zivil-militärischen Österreich-Modulen“ im gesamten Spektrum der Bedarfskette in der entsprechenden Region stehen. Das Österreichische Bundesheer hat im Bereich „zivil-militärische Kooperation“ in Bosnien und im Kosovo bereits erhebliche Erfahrungen gesammelt und kann dazu jedenfalls seinen Beitrag leisten.

Das gemeinsame Ziel aller Akteure für die Erfüllung dieser unterschiedlichen und umfassende Bedürfnisse der Betroffenen ist die Erreichung von umfassender menschlicher Sicherheit im Rahmen tragfähiger lokaler Strukturen und Institutionen. Das heißt Friede, Stabilität und Entwicklung für die Bevölkerung in fragilen und konfliktbeladenen Situationen. Mein Ressort hat aber nicht nur das Zustandekommen dieses Konzepts mitverantwortlich und aktiv unterstützt, sondern es wird sich auch in

die operationelle Umsetzung entsprechend einbringen. Im Sinne der Bereitstellung von Experten und Kräften für Konfliktprävention, Post-Konfliktstabilisierung und Wiederaufbau, insbesondere im Bereich der Sicherheitssektorreform, der Beratung und der Mediation – so wie das Österreichische Bundesheer dies bisher in den Einsätzen in Südosteuropa, im Nahen Osten und Afrika getan hat.

Was kann Österreich nun konkret beitragen?

Österreich, das als neutrales Land keinen militärischen Bündnisverpflichtungen unterliegt, kann sich aufgrund seiner Neutralität besonders glaubwürdig für einen fairen, gerechten und offenen Zugang zu den globalen Gemeingütern und deren Nutzung einsetzen. Österreich kann daher in besonderer Weise als ehrlicher Vermittler in diesen Fragen auftreten und als Ort der offenen Diskussion fungieren.

Nicht die Hegemonie oder Dominanz eines Staates oder einer Gruppe von Staaten sichert eine faire und nachhaltige Nutzung der global commons, sondern die internationale und regionale Zusammenarbeit im Geiste des Multilateralismus und internationaler Rechtsgrundsätze.

Der praktische Beitrag Österreichs zur internationalen und regionalen Zusammenarbeit und zu internationaler Solidarität kann sich durchaus sehen lassen:

- Österreich ist einer der Sitzstaaten der Vereinten Nationen und Sitz der OSZE
- Österreich leistet beachtliche finanzielle Beiträge
- Österreich zeigt durch die Entsendung von zivilem und militärischem Personal mit ausgezeichneter Expertise auch sichtbares und international nachgefragtes und breit akzeptiertes im wahrsten Sinne des Wortes „menschliches“ Engagement.

-

Meine Damen und Herren,

Wie Sie wissen, leistet das Österreichische Bundesheer einen praktischen Beitrag zum Weltfrieden im Rahmen der Vereinten Nationen seit mehr als 50 Jahren – also seit der Gründungsphase des Bundesheeres. Seither haben mehr als 90.000

österreichische Soldatinnen und Soldaten ihren ganz persönlichen Beitrag zur globalen Sicherheit geleistet.

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, die sich ausdrücklich zu einem effektiven Multilateralismus bekennt, bildet neben den Vereinten Nationen einen weiteren und zusätzlichen Rahmen für internationales Engagement des Bundesheeres.

Die bisherigen Einsatzgebiete lagen und liegen in Europa – insbesondere auf dem Balkan – , im Nahen Osten und in Afrika. Dort wo die humanitäre und entwicklungspolitische Dimension und deren Interdependenz von besonderer Bedeutung sind.

Wir gehören zu den Staaten mit dem höchsten internationalen Engagement, gemessen an der Größe und Bevölkerungszahl unseres Landes.

Ich werde dafür Sorge tragen, dass wir auch zukünftig unser internationales Engagement mit rund 1.100 Personen auf zahlenmäßig hohem Niveau fortsetzen werden.

Konkret werden wir unser Engagement auf dem Balkan beibehalten. Der Balkan wird auch zukünftig unser sicherheitspolitisches Schwergewicht bleiben. Die langsame politische Entwicklung in Bosnien erfordert ein längerfristiges Engagement der EU, auch mit militärischen Mitteln im Rahmen von EUFOR ALTHEA. Auch im Kosovo werden weiterhin Friedenstruppen der KFOR benötigt: die gewalttätigen Ausschreitungen im Nordkosovo vor wenigen Wochen haben den Einsatz von operativen Reservekräften der KFOR, darunter rund 140 österreichische Soldaten und Soldatinnen notwendig gemacht. Nur dadurch konnte die Situation wieder stabilisiert werden. Das unterstreicht den Sinn und die Notwendigkeit des internationalen Engagements in diesem Raum.

Darüber hinaus habe ich die Planung für die Entsendung einer Logistik-Kompanie des Österreichischen Bundesheeres bei der UN-Friedenstruppe UNIFIL im Libanon ab November in Auftrag gegeben. Die Menschen im Libanon aber auch im gesamten

Nahen Osten benötigen in dieser kritischen Phase des Aufbruchs internationale Unterstützung.

Anlassbezogen werden wir uns darüber hinaus auch an Einsätzen der Internationalen Humanitären und Katastrophenhilfe beteiligen. Gerade in diesem Einsatzspektrum hat sich Österreich in der Vergangenheit eine besondere internationale Stellung erarbeitet. Die regionale Zusammenarbeit ist mir dabei besonders wichtig. Nicht zuletzt deshalb habe ich die Aufstellung einer mitteleuropäischen Katastrophenhilfseinheit angeregt. Darüber hinaus werde ich die regionale Kooperation in anderen Bereichen, wie z.B. in friedenserhaltenden Operationen, mit unseren Nachbarn und Freunden weiter forcieren. In Zeiten in denen Streitkräfte auch ihren Beitrag zur Budgetkonsolidierung beitragen müssen, ist das Zusammenwirken, das sogenannte Pooling und Sharing von Fähigkeiten und Kapazitäten, insbesondere im regionalen Kontext ein zukunftsweisender Weg in die Professionalisierung.

Den neuen globalen Herausforderungen kann aber, wie bereits erwähnt, nicht allein mit militärischen Mitteln ausreichend begegnet werden.

Es bedarf eines umfassenden Ansatzes – und ich sage das ganz bewusst als Bundesminister für Landesverteidigung.

Es werden auch nicht immer nur staatliche Stellen sein, die Akteure im umfassenden Ansatz sind – gerade im Bereich Sicherheit und Entwicklung kann auf die Mitarbeit von NGOs nicht verzichtet werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
Sicherheit hat heute zunehmend mehr Dimensionen und reicht in alle Politikbereiche und darüber hinaus in Bereiche der Zivilgesellschaft. Die aktuelle Diskussion um die Neufassung unserer Sicherheitsstrategie hat einmal mehr gezeigt, dass Sicherheit eine gesamtstaatliche und darüber hinaus gesamtgesellschaftliche Aufgabe geworden ist.

Der einzelne Mensch und seine Sicherheitsbedürfnisse stehen im Vordergrund. Zu den erweiterten Sicherheitsbedürfnissen der Menschen gehört auch der faire und offene Zugang zu Allgemeingütern, zu global commons.

Dies ist kein Widerspruch zu und keine Abkehr von bisheriger, auf Staaten konzentrierter Sicherheitspolitik, sondern deren notwendige und sinnvolle Ergänzung.

Die dargestellten Herausforderungen unterstreichen die Komplexität moderner Sicherheitspolitik. Diese ergibt sich speziell auch mit Blick auf die global commons. Ich möchte anhand eines Beispiels eine Frage aufwerfen und die anschließenden Referenten können ja gerne aus ihrer Sicht versuchen, dafür Antworten zu geben oder Teilaspekte zu lösen.

Wie weit geht die Verantwortung der Staatengemeinschaft für global commons, wie etwa dem Regenwald, wenn kein Konsens mit lokalen Akteuren und spezifischen Interessensgruppen erzielbar ist? Welche legitime Form der Einflussnahme von Außen rechtfertigt diese letztlich? Und das natürlich nicht im Sinne von nationalen oder überwiegend ökonomischen Interessen – sondern im Sinne von Überlebensfragen für die Menschen vor Ort und Aspekten des Weltklimas, von dem wir alle abhängig sind.

Solche Fragen zu erörtern ist die Aufgabe der Zukunft. Zunächst aber bedarf es der Schaffung eines Bewusstseins für die Problemlage.

Veranstaltungen wie diese dienen in hervorragender Weise dazu, Aspekte abseits der Tagespolitik offen zu diskutieren, wofür ich Ihnen nochmals herzlich danke.